

Neue Zürcher Zeitung vom 04.03.2014, Seite 10:

Die wahren Interessen der Lobbyisten

Eine Analyse der Einträge im Handelsregister bringt Licht ins Dunkel der Wandelhalle

Die Regeln des Zutritts für Lobbyisten zum Bundeshaus lassen eine grosse Intransparenz zu. Offiziell vertritt etwa nur ein Lobbyist die Interessen der Altersvorsorge. Tatsächlich aber haben 27 Vertreter der Branche Zugang zu den Parlamentariern.

Ronny Nicolussi

Wessen Interessen ein Lobbyist im Bundeshaus vertritt, ist bisher oft im Verborgenen geblieben. Wer von einem Parlamentarier Zutritt zur Wandelhalle erhält, muss seine Mandate nicht deklarieren (siehe «Der grosse Badge-Basar»). Dadurch entsteht ein verzerrtes Bild darüber, welche Branche wie stark auf die Bundespolitik Einfluss nehmen kann. Um mehr Licht ins Dunkel zu bringen, hat die NZZ erstmals die Handelsregisterdaten von mehreren hundert Personen ausgewertet.

Gäste mit anderen Interessen

Gemäss den offiziellen Listen des National- und Ständerats haben derzeit 409 Personen eine permanente Zutrittsberechtigung für das Bundeshaus. Die häufigsten Funktionen, die von ihnen deklariert werden, sind «Persönliche Mitarbeiterin» beziehungsweise «Persönlicher Mitarbeiter» (58 Zutrittsberechtigte) oder «Gast» (48).

Die deklarierten Funktionen kaschieren in vielen Fällen jedoch die wahren Interessenbindungen. So vertreten mindestens 8 persönliche Mitarbeiter und 16 Gäste auch noch ganz andere Interessen, wie ein Abgleich mit den im Handelsregister verfügbaren Daten zeigt (siehe «Lobbying durch die Hintertür»). Insgesamt dürften somit mindestens 327 der 409 Zutrittsberechtigten in Tat und Wahrheit Lobbyisten sein.

Insgesamt konnten diesen Zutrittsberechtigten 573 Einträge aus dem Handelsregister zugeordnet werden – namentlich Verwaltungs- und Stiftungsratsmandate, Geschäftsleitungsfunktionen und finanzielle Beteiligungen an Firmen. Wenn man diese Interessenbindungen nach Branchen gruppiert und den deklarierten Funktionen gegenüberstellt, zeigt sich die tatsächliche Stärke gewisser Lobbys (vgl. Grafik).

Die stärkste Lobby

Aus den Interessenbindungen, die klar einer Branche zugeordnet werden können, geht hervor, dass die stärkste Lobby jene der Bau- und Immobilienwirtschaft ist. 44 Badge-Inhaber verfügen über einschlägige Verbindungen. Dies ist weit mehr, als bis anhin bekannt war. In keiner anderen Branche verschweigen so viele (29) Zutrittsberechtigte ihre Interessen.

Ebenfalls stark vertreten sind folgende Lobbys: Wirtschaftsdachverbände (37), Industrie und Energie (37), Hilfswerke, Nonprofit, Soziales (35), Umwelt (35) und Gesundheit, Pflege, Pharma (34). Zu den Verbindungen, die gerne verschwiegen werden, gehören neben Bau- und Immobilien-Mandaten vor allem solche aus den Bereichen Industrie und Energie (25), Bildung und Forschung (24) und Altersvorsorge (26). Zu Letzterer haben 27 Zutrittsberechtigte eine Interessenbindung, aber nur ein einziger, Hanspeter Konrad vom Schweizerischen Pensionskassenverband, deklariert diese auch.

Weniger Mühe haben Zutrittsberechtigte beim Offenlegen ihrer Nähe zu Gewerkschaften. 21 von 22 Lobbyisten, die sich für Arbeitnehmer einsetzen, haben ihre Funktion auch als solche deklariert. Ähnlich sieht das Bild in der Landwirtschaft aus, wo lediglich 3 von 23 Lobbyisten ihre Bindung zur Branche unterschlagen haben.

Die absolut grösste Gruppe bilden eigentlich die 54 Zutrittsberechtigten aus der Consulting- und PR-Branche. Weil diese jeweils verschiedene Interessen vertreten – und oftmals mehrere gleichzeitig –, lassen sie sich aber nicht einer Branche zuordnen. Nur rund die Hälfte (30) der Personen aus der PR-Branche legt ihren Hintergrund offen. Dies ist nicht erstaunlich: In der Branche wird Diskretion grossgeschrieben. Viele Berater verschweigen die Identität ihrer Auftraggeber wie Anwälte jene ihrer Mandanten. Damit erschwert diese Gruppe die Interpretation der Lobby-Stärken: Für welche Interessen die PR-Leute durch die Vorzimmer wandeln, bleibt oft ihr Geheimnis.

Freisinnige ohne Lobbyisten

Neben den PR-Beratern entziehen sich noch weitere Lobbyisten der Transparenz. Sämtliche Tätigkeiten als Angestellte von Firmen, in Vereinen, religiösen Gemeinschaften oder als Politiker auf kantonaler und kommunaler Ebene sind nicht im Handelsregister eingetragen und werden daher auch von der Datenanalyse der NZZ nicht erfasst.

Gleichwohl können solche Akteure als Einflüsterer aktiv sein. So müsste beispielsweise der Zürcher SVP-Regierungsrat Ernst Stocker, der ebenfalls einen persönlichen Badge hat, zur Kategorie «Politisches» dazugezählt werden. Darauf wurde hier verzichtet, weil die Auswertung ausschliesslich auf Daten des Handelsregisters basiert (siehe «Visualisierte Interessenbindungen»).

Die Auswertung der Daten legt nicht nur Diskrepanzen zwischen angegebenen und tatsächlichen Interessenbindungen offen. Mithilfe der

interaktiven Grafik auf www.nzz.ch lässt sich auch die Zusammensetzung einer Branchenlobby nach verschiedenen Kriterien analysieren. So scheinen etwa Gesundheit, Pflege, Pharma typisch weibliche Anliegen zu sein. Die Hälfte der Parlamentarier, die solchen Interessenvertretern einen Zutrittsausweis vergeben, sind Frauen. Lobbyisten von Wirtschaftsdachverbänden erhalten derweil in erster Linie über SVP-Parlamentarier Zugang zum Bundeshaus. Die nationalkonservative Partei hat dieser Kategorie mehr Ausweise vergeben als die FDP und die CVP zusammen.

Bemerkenswert ist auch, dass ausgerechnet die in gewissen Kreisen als «Fitz-Partei» verunglimpft FDP mit 9 Politikern die höchste Zahl an Parlamentariern aufweist, die gar keine Zutrittsausweise vergeben.

Würden alle Parlamentarier darauf verzichten, jemandem einen Gästerausweis zu verschaffen, würden sich weniger Lobbyisten in den Vorzimmern tummeln. Weniger Lobbyisten sind jedoch nicht gleichzusetzen mit mehr Transparenz. Denn die Parlamentarier sind letztlich oft selbst Lobbyisten.

Doch selbst wenn man die Interessenbindungen der National- und Ständeräte mitberücksichtigt, ist vollständige Transparenz mit der derzeitigen Regelung nicht zu erreichen. Denn viele weitere Lobbyisten finden einen Weg ins Bundeshaus (siehe «Der grosse Badge-Basar»), bei dem der Öffentlichkeit verborgen bleibt, dass sie überhaupt Zugang zu den Parlamentariern haben, geschweige denn wessen Interessen sie vertreten.

Meinung & Debatte, Seite 21